



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Z.: Preußens nationale Aufgabe und Oestreich. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

auswärtigen Unterstützung des jetzigen Systems würde es sich aber sofort herausstellen, wie schwach und hinfällig die Basis ist, auf welcher sich im Jahre 1850 der Feudalismus in Mecklenburg wieder aufgerichtet hat.

Preußens nationale Aufgabe und Oestreich.

1.

In einem frühern Artikel*) haben wir durchzuführen gesucht, wie Oestreich, um einen Conflict mit Rußland zu vermeiden, auf eine active Politik im Orient verzichtete, und wie es, von der natürlichen Richtung seiner Entwicklung abgelenkt, seine Kräfte auf Ziele wandte, zu deren Erreichung ihm die Mitwirkung, oder doch wenigstens ein freundschaftliches Gewährenlassen Rußlands nöthig war. Dies günstige Einvernehmen mit Rußland ist längst einer Spannung mit gegenseitiger Abneigung gewichen, die von beiden Seiten offen zur Schau getragen wird. Gewiß ist die gegenwärtige Feindschaft der Natur der Dinge entsprechender, als die alte, vorzugsweise den russischen Herrschaftsplänen förderliche Freundschaft; doch würde man sich täuschen, wenn man in der wiedergewonnenen Unabhängigkeit vom russischen Einfluß ohne Weiteres schon einen reellen Gewinn für den Staat sehen wollte. Ganz allgemein kann man behaupten, daß im Staatenverkehr die Lösung einer bestehenden Verbindung zunächst nur ein negatives Resultat gewährt, und daß der Werth gesteigerter Selbständigkeit ausschließlich bedingt ist von der Fähigkeit, mit sicherer Berechnung und entschlossenem Handeln den Weg aus der Isolirung heraus zu neuen, den eigenen Interessen wahrhaft entsprechenden Beziehungen zu finden.

Was für Oestreich gilt, gilt in dieser Beziehung auch für Preußen. Der Zerfall der heiligen Alliance, so verderblich ihre Wirkungen auf die innere Entwicklung der Staaten auch waren, hat doch eine große Lücke im europäischen Staatensystem hervorgebracht; die in ihr verbunden gewesenen Staaten ringen noch heute vergeblich, sie auszufüllen. Jeder faßt die Ziele ins Auge, welche die wiedergewonnene Angebundenheit ihm bietet; jeder vermißt schmerzlich das Gefühl der Sicherheit, welches das alte Band ihm gewährte. An die Stelle sicherer Factoren, aus denen mit Nothwendigkeit die Schritte der Staats-

*) Oestreich und die orientalische Frage. Nr. 19.

kunst in jedem vorkommenden Falle hervorgingen, ist eine Reihe von Möglichkeiten getreten, die, wie sie die außer Fassung gesetzte Routine mit unruhiger Besorgniß erfüllen, so der Phantasie des unternehmungslustigen Staatsmanns eine ungemessene Fülle verführerischer Gestaltungen vorschmeicheln und ihn zu den kühnsten und mannigfaltigsten Combinationen reizen. Die Staaten streben darnach, sich ihrer eigensten Bedürfnisse, die lange Zeit den Anforderungen eines unnatürlichen Systems aufgeopfert waren, bewußt zu werden, und suchen nach den Wegen, auf welchen dieselben befriedigt werden können. Eine solche Krisis der allgemeinen Politik ist unter allen Umständen den davon berührten Staaten gefährlich, sie ist es doppelt für Staaten, die in einem inneren Entwicklungsproceß begriffen sind, und in denen die Parteien nur allzu geneigt sind, die allgemeinen Interessen des Staates nach ihren besonderen Wünschen, Bedürfnissen und Sympathien zu beurtheilen.

Eine der bedeutungsvollsten Wirkungen der großen Krisis ist, daß sie die Eifersucht der beiden deutschen Großmächte gegen einander in aller Schärfe hat hervortreten lassen. Natürlich! denn in dem System der heiligen Alliance war dieser Gegensatz keineswegs überwunden, sondern nur übertüncht und gebunden. Mit gesteigerter Schroffheit, aber doch mit der Tendenz zur Ausgleichung trat der Gegensatz von dem Augenblicke an hervor, wo das erwachende deutsche Nationalgefühl sich auf die Umgestaltung des deutschen Staatenbundes zu richten anfing. Die deutsche nationale Bewegung dreht sich um die Frage, wie das Verhältniß der beiden großen Mächte zu einander sich zu gestalten habe, um die Constituirung eines deutschen Bundesstaates zu ermöglichen. Als im Jahre 1848 die deutsche Bewegung ausbrach, hoffte man im Fluge der Begeisterung die alte zum Theil schon mit dem verschönernden Glanze des Mythos umkleidete Herrlichkeit des deutschen Reiches im neunzehnten Jahrhundert wieder erwecken zu können. Man dachte einen Bau aufzuführen, ehe man von den Umrissen seiner Gestaltung eine Ahnung hatte. Wenige Wochen genügten, um die Schwierigkeiten, über die Hoffnung und Begeisterung sich leicht hinweggesetzt hatten, zur vollen Geltung zu bringen. Man erkannte, daß man zum Baue vor Allem eines Planes bedürfe, und sodann, daß die eigenen Kräfte nicht genügen würden, um über das schwer zu handhabende Baumaterial unbeschränkt schalten und walten zu können. Die Verathung der Grundrechte sollte die Zeit ausfüllen, bis die Umstände für die Constituirung des neuen Reiches sich günstiger gestalten würden. Nach langem Mühen wurde endlich der Plan entworfen, und man glaubte in Preußen die Macht gefunden zu haben, die stark genug war, denselben auszuführen. Indessen war der günstige Augenblick zur raschen Verwirklichung des großen Werkes vorüber. Wohl hätte auch damals noch ein entschlossener Muth das Werk zum Ziele führen können. Aber statt entschlossenen Muthes fand man in Preußen abwägendes Bedenken.

Das Werk zerfiel. Um eine große Erkenntniß aber sind wir bereichert worden, daß nicht die Vielstaateri, die vielfach lästig, aber auch ohnmächtig ist, sondern daß der Dualismus das Hinderniß der Neugestaltung Deutschlands und daß die deutsche Einheit in erster Linie eine zwischen Oestreich und Preußen schwebende Machtfrage ist. Aus der Erkenntniß dieser Thatsache ist das Programm der deutschen Nationalpartei hervorgegangen, und in den jetzigen Verhältnissen liegt kein Grund, weshalb sie von ihrem Programm abweichen und die aus einem wahrhaft staatsmännischen Volksinstinkt hervorgegangene Ueberzeugung, auf der dasselbe begründet ist, aufgeben sollte. Der ausdauernden Festigkeit, mit der die nationale Partei, unbeirrt von den jetzigen scheinbar verzweifelten Conjunctionen in Preußen an ihren Grundsätzen festhält, wird das Maß von Kraft entsprechen, das sie unter günstigeren Umständen für die Verwirklichung ihrer Idee einzusetzen hat.

Vor Allem aber (und es ist wichtig, diesen Punkt aufs schärfste ins Auge zu fassen) kommt es darauf an, sich des Zusammenhanges bewußt zu werden, in dem die deutsche Frage mit der Gestaltung der allgemeinen europäischen Verhältnisse steht. So unbestreitbar die Frage der deutschen Einigung vom völkerrechtlichen Standpunkte aus eine ausschließlich deutsche Frage ist, so ist es doch eine Thatsache, daß, da jeder Schritt zur Einheit die Macht Deutschlands vermehrt und also das relative Machtverhältniß im europäischen Staatensystem verändert, die Nachbarn die deutsche Einheitsbewegung mit entschiedenem Uebelwollen und Mißtrauen ansehen. Ebenso ist es unzweifelhaft, daß sie sich durch völkerrechtliche Bedenken nicht werden abhalten lassen, ihr Uebelwollen vorkommenden Falls zur That werden zu lassen. Es ist ein altes Princip der französischen Politik, in erster Linie jede Machtconsolidirung an Frankreichs Grenzen zu verhindern, in zweiter Linie, wenn eine derartige Consolidirung sich nicht hindern läßt, Alles aufzubieten, um das dadurch verschobene Machtverhältniß durch eine Gebietsvermehrung Frankreichs zu compensiren. Der Kaufpreis für die Einigung Italiens war Nizza und Savoyen, die schon Lamartine als Pfänder mit Beschlag belegt haben wollte, wenn die italienische Bewegung des Jahres 1848 einen centralistischen Charakter angenommen haben würde. Nicht anders sah die republikanische Regierung Frankreichs das linke Rheinufer als Compensationsobject gegen eine durch Centralisation gesteigerte Machtentwicklung Deutschlands an. Von dieser Anschauung werden alle französischen Regierungen beherrscht, mögen ihre Richtungen und Neigungen sonst auch weit auseinandergehen. Gerade eine friedlichen Tendenzen hingegebene Regierung wird am eifrigsten auf diplomatischem Wege die Spaltung Deutschlands zu erhalten suchen, weil sie weiß, daß jeder reelle Erfolg der Nationalpartei ihr eine kriegerische Haltung aufnöthigen würde. Und umgekehrt ist sehr wohl der

Fall denkbar, daß Frankreich unter der Herrschaft einer eroberungslustigen Politik den deutschen Unionsbestrebungen bis zu einem gewissen Punkte sich günstig erweist, um bei dem ersten Erfolge im Namen des gestörten Gleichgewichts die Forderung der natürlichen Grenzen zu erheben. Es wäre von Interesse, das Verhalten der verschiedenen Richtungen der französischen Politik zu den nationalen Bestrebungen der Nachbarvölker eingehend zu erörtern. Für unsern gegenwärtigen Zweck genügt die Hinweisung, daß keine französische Regierung sich gleichgiltig gegen die innere Erstarkung der Nachbarn jenseits des Rheins und der Alpen verhalten wird. Unter allen Umständen würden also die einheitlichen Bestrebungen der deutschen Nation sich darauf gefaßt machen müssen, daß sie, an einem gewissen Punkte angelangt, dem bewaffneten Widerstande Frankreichs zu begegnen haben werden.

Es ergibt sich hieraus, daß, je mehr der nationale Gedanke sich vertieft und läutert, je nachhaltiger und thatkräftiger die Begeisterung ist, die er in der Nation weckt, um so ernster die Verpflichtung an die Leiter der Bewegung herantritt, die deutsche Frage in den großen Zusammenhang der europäischen Politik einzureihen, d. h. zu erwägen, in welcher Weise die allgemeinen Constellationen der internationalen Verhältnisse hindernd und fördernd auf die deutschen Unionsbestrebungen einzuwirken im Stande sind. Wir verkennen nicht, daß die Abneigung, diese Seite der Frage vorzugsweise ins Auge zu fassen, aus edlen Motiven hervorgeht, und daß ein sehr achtungswerthes Selbstgefühl dem Bestreben zu Grunde liegt, jede Beziehung zwischen einer inneren Frage und den Gelüsten des Auslandes kurzweg abzuleugnen: wenn man nur eine Thatsache dadurch beseitigen könnte, daß man sie ableugnet.

Es wird also zu untersuchen sein, ob eine politische Combination möglich ist, die es Preußen gestattet, Oestreich in einer activen Politik im Osten zu unterstützen und als Entgelt dafür Oestreichs Neutralität und eventuell bei einem Conflict mit dem Auslande, seine Unterstützung in den deutschen Angelegenheiten zu gewinnen, wobei wir uns ausdrücklich dagegen verwahren, als ob wir meinten, Oestreich werde je freiwillig und förmlich auf seine Stellung in Deutschland verzichten. Es wäre ein sehr unfruchtbares Bemühen, wenn Preußen auf dem Wege der Verhandlungen sich mit Oestreich über die deutschen Angelegenheiten auseinandersetzen wollte. Das Ziel Preußens kann nur sein, vor allen Verhandlungen eine vollendete Thatsache zu schaffen. Nur was der Anerkennung nicht bedarf, kann auf Anerkennung des Rivalen rechnen. Diese That kann aber nur eine solche sein, die vor allen Reformverhandlungen Deutschland als politisch geeinigte Macht dem Auslande gegenüberstellt. Nur eine nationale That wird uns die nationale Einigung bringen. Ehe wir aber auf diesen Punkt eingehen, ist es nothwendig, das Verhältniß Preußens zu Oestreich in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten noch schärfer ins Auge

zu fassen, da die Charakterisirung der beiden Mächte als Rivalen zwar vollkommen richtig, aber doch viel zu allgemein ist, um ein klares Bild von den eigenthümlichen Schwierigkeiten zu geben, die jedem Vorgehen Preußens in Deutschland in den Weg treten, so wie von der zähen Widerstandskraft, mit der die bestehenden Verhältnisse noch stets über alle Reformversuche triumphirt haben.

Es ist von Seiten der nationalen Partei Preußen vielfach der Vorwurf gemacht worden, daß es die überaus günstige Stellung, die es nach dem Eintritt der Regentschaft einnahm, nicht zu einer entscheidenden That in den deutschen Angelegenheiten benutzt habe. In Preußen selbst trug die Mißstimmung über diese Versäumniß des Ministeriums Auerwald-Schwerin mit dazu bei, daß die ungeduldigeren liberalen Elemente sich mit der gemäßigten Demokratie coalisirten, um durch einen verstärkten Druck auf das liberale Cabinet in dieser wie in andern Fragen raschere Resultate zu erzielen. Wir können uns hier natürlich nicht der Aufgabe unterziehen, die Berechtigung der Entstehung der Fortschrittspartei einer Kritik zu unterwerfen, möchten aber behaupten, daß die dem Ministerium wegen seines unsichern Verhaltens in den deutschen Fragen gemachten Vorwürfe zum Theil übertrieben waren. Es fehlte die Voraussetzung, die ein energisches Handeln möglich machte, d. h. eine feste und klare Stellung Preußens zu den europäischen Fragen. Daß eine solche noch nicht eingenommen war, hatte seinen Grund hauptsächlich in dem Verhältniß zu Oestreich. Dies trägt einen Widerspruch in sich, der die preussische Politik ziellos in einem Circle herumtreibt. Leider wird dieser innere Widerspruch, der um so gefährlicher ist, da er nicht etwa aus willkürlichen Bestrebungen dieses oder jenes Staatsmanns hervorgegangen ist, sondern tief in den realen Verhältnissen begründet liegt, selten erkannt und noch seltener seiner ganzen durchgreifenden Bedeutung entsprechend gewürdigt. Die Natur dieses Widerspruches wird uns klar werden, wenn wir sehen, wie die nationale Partei sich ihm gegenüber verhält. Das Programm der Partei fordert den Antagonismus Preußens und Oestreichs in allen deutschen Angelegenheiten; denn daß der engere Bundesstaat nur im Gegensatz zu Oestreich hergestellt werden kann, ist an sich klar und bedarf nicht des Beweises. Das Programm fordert aber zugleich eine dauernde Verbindung zwischen dem engeren Bundesstaate und Oestreich, d. h. ein Zusammengehen der beiden Großmächte in der allgemeinen europäischen Politik. Nun ist es aber klar, daß streng genommen nur der eine Theil des Programms, der den engeren Bundesstaat betreffende, eine absolute Forderung enthalten kann, daß dagegen der auf die Stellung zu Oestreich bezügliche Theil nur die Ueberzeugung von einem rein thatsächlichen Verhältnisse ausspricht, die ohne Weiteres als Forderung formulirt worden ist; die Form der Idee entspricht ihrem Inhalte nicht. Wenn das Programm, nachdem es

die Forderung des engeren Bundesstaates gestellt, hieran die Forderung des weiteren Bundes knüpft, so limitirt es offenbar die erste Forderung durch die zweite, da ja beide Forderungen in Widerspruch gegen einander treten können. Es ist ganz unzweifelhaft, daß der politische Gedanke, auf dem das Programm beruht, ein völlig richtiger, und daß das in demselben ausgesprochene Ziel mit allen Kräften zu erstreben ist. Nichts desto weniger ist der Gedanke eben wegen des inneren Widerspruchs, der in den gegenwärtig zwischen Preußen und Oestreich bestehenden Verhältnissen liegt, einer gefährlichen Mißdeutung ausgesetzt. Es liegt nämlich die Folgerung sehr nahe, daß Preußen in allen europäischen Fragen ohne Weiteres auf Seiten Oestreichs sich zu stellen habe; und in der That ist diese Forderung gelegentlich, wenn auch nicht mit voller Schärfe und klarem Bewußtsein, selbst von Anhängern Preußens gestellt worden. Oestreich hat bekanntlich stets die Neigung gehabt, in alle Verwickelungen, denen seine auswärtige Politik es aussetzt, Deutschland hineinzuziehen und bei jeder Gelegenheit die deutsche Bundeshilfe als ein Recht in Anspruch zu nehmen. Wollte ihm Deutschland dies Recht zugestehen, nun so wäre eben das Siebzigmillionenreich verwirklicht. Dieser Auffassung wird aber durch das nationale Programm selbst Vorschub geleistet, da es zu dem Mißverständnis Veranlassung gibt, als ob die östreichischen und deutschen Interessen ohne Weiteres identisch wären. Wäre dies in der That der Fall, so wäre es allerdings eine chikanöse Politik, wenn Deutschland das Zusammengehen mit Oestreich von vorhergehenden Concessionen Oestreichs abhängig macht. Es ist klar, daß bei dieser Lage der Dinge die Herstellung des Bundesstaats stets ein frommer Wunsch bleiben wird. Es ist also nothwendig, den Gedanken, daß Deutschland auf ein dauerndes Bündniß mit Oestreich angewiesen sei, auf ein richtiges Maß zurückzuführen. Wir werden in dem folgenden Abschnitte dieses Aufsatzes näher auf diesen Punkt, der lediglich im Zusammenhang mit den concreten Verhältnissen der europäischen Politik beurtheilt werden kann, eingehen. Hier nur so viel, daß die Forderung nicht eine absolute, sondern nur eine relative ist, und ferner, daß es erst von Oestreichs Verhalten in der deutschen, und der hiervon bedingten Haltung in der auswärtigen Politik abhängt, ob seine Interessen mit denen Deutschlands identisch werden können. Wer den deutschen Bundesstaat nicht bloß träumt, sondern will, darf sich hierüber keine Illusionen machen. Es sind nun aber die beiden Forderungen: Herstellung des Bundesstaats und Alliance mit Oestreich noch vom Standpunkte Preußens aus zu betrachten.

Die an Preußen gestellte Forderung, die Consolidirung der nicht östreichischen Länder Deutschlands zum Mittelpunkt seiner Politik zu machen, ist eine vollkommen gerechtfertigte, da sie nicht allein den Interessen Deutschlands entspricht, sondern auch aus der klaren Erkenntniß der Preußen von dem bis-

herigen Gange seiner Geschichte vorgeschriebenen Aufgabe beruht. Es ist die Verfolgung dieses Zieles in der That eine Nothwendigkeit für Preußen. Preußen kann, wenn es sich auf der Höhe erhalten will, auf die es zwei große Regenten erhoben, und zu der es sich nach beispiellosem Falle durch die kriegerische Tüchtigkeit und Hingebung seines Volkes wieder emporgeschwungen hat, dies Ziel nicht aufgeben, es hat nicht die Wahl, beliebig ein anderes Ziel sich vorzustecken. In Bezug auf seinen Beruf, um diesen oft verkehrt angewandten Ausdruck zu gebrauchen, hat es keine Freiheit, ist es beschränkter, als irgend ein Staat. Dies zeigt sich am deutlichsten darin, daß die Bedeutung und das Ansehen des Staates in jedem Zeitpunkt von der Sicherheit bedingt ist, mit welcher er diesem Ziele zustrebt, und daß ein augenblickliches Ablenken von derselben stets zu einer die allgemeine Geltung des Staates aufs bedrohlichste gefährdenden Machtkrise wird, oder aus einer solchen hervorgegangen ist. Hier gerade tritt aufs schärfste der große Unterschied in der Stellung Oestreichs und Preußens hervor. Oestreich kann die deutschen Interessen beliebig vernachlässigen, sie aufopfern, ihnen feindlich gegenübertreten, ohne wenigstens unmittelbare Nachtheile von einer solchen Politik zu empfinden, ja ohne auch nur den Vorwürfen undeutscher Gesinnung sich auszusetzen. Der eifrigste Großdeutsche, der nicht müde wird, Oestreichs deutschen Beruf zu predigen, wird es ganz in der Ordnung finden, wenn Oestreich in jedem einzelnen Falle lediglich seinen eignen Vortheil zu Rathe zieht. Der blinden Furcht des großdeutschen Particularismus gegen Preußen, die selbst durch eine Niederlage und Demüthigung dieses Staates nicht beschwichtigt werden kann, gilt es vielmehr als Axiom, daß jeder Gewinn für Oestreich auch ein Gewinn für Deutschland ist*).

Ganz anders ist in der Beziehung die Lage Preußens. Jedes Preisgeben deutscher Interessen, ja jedes Schwanken, jede Schwäche in der Verfolgung derselben erschüttert unmittelbar seine Geltung nicht bloß in Deutschland, sondern in Europa. Die Gegner freuen sich, einen Stützpunkt für ihre Anklagen und Angriffe zu finden. Die Freunde, die auch unter günstigen Verhältnissen und einer ihren Plänen geneigten Regierung gegenüber nicht immer die Geduld zeigen, die, mit Zähigkeit des Willens verbunden, allein die Bürgschaft

*) Wir reden natürlich nur von der, bewußt oder unbewußt, ganz von österreichischen Impulsen beherrschten großdeutschen Partei, nicht von der würzburger Diplomatie, die zu fein ist, um die Intimität mit Oestreich für etwas Anderes anzusehen, als für ein nothwendiges Uebel, und die nur auf den Augenblick der völligen Demüthigung Preußens wartet, um sofort ihre Angriffsfrent gegen Oestreich zu kehren. Die gleich nach dem peloponnesischen Kriege in dem griechischen Alliancesystem eingetretenen Veränderungen würden, wenn es der Coalition je gelingen sollte, Preußen völlig zu Boden zu werfen, in der Gestaltung der deutschen Verhältnisse ein getreues Abbild finden.

für die Erreichung entfernter politischer Ziele gibt, richten natürlich ihre schärfsten Pfeile gegen den Staat, auf den sie die größte Hoffnung setzen. Vor Allem empfindet man es in Preußen selbst in solchen Fällen am tiefsten, daß der Staat in Bahnen sich befindet, die ihn von seinem Ziele ablenken. Man klagt im großdeutschen Lager oft über den Ehrgeiz, der jedem Preußen eingepflanzt sei. Und in der That hat man alle Ursache dazu, nicht etwa, weil derselbe Preußen zu einem eroberungssüchtigen Volke gemacht hat (ein Eroberer ist auch Friedrich der Große nicht gewesen; seine eigenthümliche Größe liegt gerade darin, daß er es nicht war), sondern weil er Preußen ausschließlich in Bahnen lenkt, auf denen es sofort mit dem Großdeuthum in Conflict gerathen muß. Wir gestehen ganz offen, daß wir dem vielfach angegriffenen specifisch-preußischen Selbstgefühl, dem Stolz auf die eigenthümliche Größe Preußens, gerade im Interesse der deutschen Sache eher eine Stärkung als eine Schwächung wünschen. Die Gefahr für den Staat ist zu groß, wenn jedes Ablenken von dem gewünschten Ziele die Gemüther sofort in leidenschaftliche Zuckungen oder haltlose Schwäche versetzt.

Indessen wollen wir die Vortheile und Nachtheile, die diese Beschränkung auf ein bestimmtes Ziel für die Politik Preußens mit sich bringt, nicht gegen einander abwägen, dagegen müssen wir aufs schärfste hervorheben, daß, wenn Preußen seiner innersten Natur nach nur ein Ziel verfolgen kann, man ihm doch in Bezug auf die Wahl des Weges zu diesem Ziele eine gewisse Freiheit zugestehen muß. Ja, wir stehen nicht an, zu behaupten, daß, wenn die Natur der Dinge Preußen in der That auf einen bestimmten Weg wiese und ihm jeden andern Weg verschlösse, das Ziel überhaupt nicht erreicht werden könnte, als durch einen Krieg mit einer übermächtigen Coalition. Jeder diplomatische Erfolg eines Staates wird wesentlich dadurch bedingt, daß der Gegner, auch wenn er das Ziel der Bestrebungen genau erkennt, doch über die Mittel und Wege möglichst lange in Ungewißheit gelassen wird. Die Politik bedarf nicht der freien Hand (denn die sogenannte Politik der freien Hand ist meist nur eine Politik der Verlegenheit), wohl aber der freien Bewegung. Wenn zwei Gegner in eine diplomatische Fehde, zumal in eine solche, die sich durch Jahrzehnte hinziehen kann, verwickelt sind, in der jeder von beiden das Ziel des andern kennt, aber nur der eine die Wege, die der andere einzuschlagen hat, so ist es klar, daß derjenige, welcher Ziel und Wege des Widerparts kennt, über diesen im entschiedensten Vortheil ist. Auf unsern Fall angewendet: Wenn Oestreich zu der Ueberzeugung berechtigt wäre, daß Preußen in den Fragen der großen Politik stets mit ihm Hand in Hand gehen müßte, so gäbe es gar kein erdenkbares Mittel, durch welches Preußen irgend welche Wirkung auf Oestreich auszuüben im Stande wäre, und Oestreich würde den günstigen Ausgang einer jeden diplomatischen Fehde mit Preußen mit voller Sicherheit

im Voraus berechnen können. Oestreich muß vielmehr wissen, daß Preußen keineswegs gezwungen ist, seiner Politik in den europäischen Dingen Vorschub zu leisten, daß es vielmehr, ohne sein Ziel aus dem Auge zu verlieren, ihm in allen seinen Plänen feindlich gegenüber treten kann, daß es volle Freiheit hat, sich in Combinationen einzulassen, die gerade auf die Schwächung Oestreichs gerichtet sind. Nur unter der Voraussetzung, daß Oestreich die Thatsache anerkennt, daß Preußen auch sein Gegner sein kann, daß dasselbe weder moralisch verpflichtet, noch thatsächlich gezwungen ist, den Impulsen der wiener Politik zu folgen, ist eine aufrichtige, auf einer Ausgleichung der Interessen beruhende Alliance zwischen den beiden Mächten möglich.

Ehe wir aber erwägen, welche Stellung Preußen in der allgemeinen europäischen Politik einzunehmen habe, um seine nationale Aufgabe mit Nachdruck zu verfolgen, müssen wir vorher noch das zuerst zu erreichende Ziel näher ins Auge fassen. Es ist augenscheinlich, daß jeder directe Versuch der Einigung zunächst die Uneinigkeit steigern würde, und daß in diesem Falle die auswärtigen Gegner unseres Vaterlandes in dem in seiner Existenz bedrohten außs äußerste gebrachten Particularismus der Mittelstaaten eine vortreffliche Handhabe zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands finden würden. Denn daß Deutschland seine Neugestaltung unter allen Umständen gegen das Ausland zu vertheidigen haben wird, scheint uns, wie wir schon oben bemerkt haben, ganz unzweifelhaft zu sein, so unzweifelhaft, daß wir es für eine völlig vergebliche Mühe halten würden, wenn man etwa nach Mitteln suchen wollte, dieser Gefahr vorzubeugen. Es kann nur darauf ankommen, zu verhindern, daß das Ausland in unserem eigenen Lager seine Bundesgenossen finde. Die Einigkeit muß in einer europäischen Frage vor dem Auslande constatirt und bewährt worden sein, ehe das Werk der Einigung zum Abschluß gebracht werden kann.

Ist denn nun aber die Aussicht vorhanden, daß es Preußen gelinge, alle Elemente der Nation zu einer nationalen, gegen das Ausland gerichteten That zu vereinigen? Wir zweifeln nicht daran. Der Kampf für die Herzogthümer Holstein und Schleswig wird auch der Kampf für die politische Einigung Deutschlands werden. In keiner andern Sache hat sich die Unfähigkeit der gegenwärtigen Bundesversammlung, Deutschland wirksam nach Außen zu vertreten, so handgreiflich dargelegt, als in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Mit verschwindend kleiner Ausnahme ist die ganze Nation darüber vollkommen einig, daß hier Abhilfe geschafft werden muß. Selbst den Bundestag vermag die Noth der Herzogthümer zu Beschlüssen zu zwingen, die in Bezug auf Correctheit nicht viel zu wünschen übrig lassen, die aber stets Beschlüsse bleiben werden, weil eine Versammlung von Diplomaten, die an Instructionen gebunden sind, eben nur beschließen, aber absolut nicht handeln kann. Daß hier nur Preußen helfen kann, sieht jeder, und vor Allem weiß man es in Däne-

mark. Eine unerwartete günstige Wendung nahm die Sache der Herzogthümer, als Graf Russell offen und scharf gegen die dänischen Präntionen sich aussprach. Des Grafen Bernstorff gerade in dieser Angelegenheit bewährter energischer Wille schien eine rasche und glückliche Lösung zu versprechen. Der gesteigerte innere Conflict in Preußen, die hinzugekommenen diplomatischen Verwickelungen Preußens in der polnischen Frage ließen alsbald alle Hoffnungen schwinden, die man mit Recht auf die günstige Umgestaltung der diplomatischen Constellation gesetzt hatte. Die Anmaßungen Dänemarks stehen genau im umgekehrten Verhältnisse zu dem Maße von Kraft, mit welchem Preußen die Sache der Herzogthümer vertritt. Um die Entrüstung, die seine Schritte in Deutschland hervorrufen, kümmert sich das dänische Cabinet gar nicht, wenn es sich der Lähmung Preußens sicher glaubt; und mit Recht, denn nur unter Preußens Vorgehen vermag die patriotische Thatenlust Deutschlands zur That gesteigert zu werden.

Hier tritt die Bedeutung der schleswig-holsteinischen Frage für Deutschland in ihrer ganzen Wichtigkeit hervor. Ein glücklich durchgeführter Krieg für ein specifisch deutsches Interesse unter Preußens politischer und militärischer Leitung, ein Krieg, der auch in Bezug auf Schleswig von vornherein die Ansprüche verfolgt, zu denen das Vorgehen Dänemarks uns das Recht zurückgegeben hat, ist die Lösung der deutschen Frage. Sie ist es deshalb, weil auch die Gegner Preußens in Deutschland jedes Vorgehen desselben gegen Dänemark mit aller Kraft zu unterstützen genöthigt sein würden, weil selbst Oestreich nicht umhin könnte, in dieser Angelegenheit die Führerschaft Preußens thatsächlich anzuerkennen und somit, wenn auch sehr wider Willen, zu einer Verwirklichung des nationalen Programms beizutragen. Und zwar sehr zu seinem eignen Gewinn. Denn den Stützpunkt, den es vergebens sucht, den Stützpunkt, dessen es nothwendig bedarf, um seine Kräfte frei nach einer andern Richtung spielen zu lassen, den wird es in dem Augenblicke gefunden haben, wo es als Preußens Bundesgenosse an dem Kampfe um Deutschlands Zukunft Theil nimmt.

Mit dem angedeuteten Gesichtspunkte ist indessen die Bedeutung der schleswig-holsteinischen Frage, insbesondere für Preußen, keineswegs erschöpft. Preußen hat in Folge einer langjährigen Neutralität den maßgebenden Einfluß, den es in gewissen Zeiten in Europa ausübte, zum großen Theil eingebüßt und steht den großen europäischen Fragen verhältnißmäßig fern und fremd gegenüber. Es ist ein großer Fortschritt, daß das Gefühl des Mißbehagens über eine Stellung, die den glänzenden Erinnerungen der preußischen Geschichte so wenig entspricht, ziemlich allgemein im Lande verbreitet ist. Auch die preußische Staatskunst ist von diesem Gefühle keineswegs unberührt geblieben. Sie sucht seit längerer Zeit die Wege, um aus der bisherigen Passivität zu einer activen Politik zurückzukehren. Man lebt in einer Uebergangs-

periode, in der jeder Schritt aufs sorgfältigste erwogen werden will, um mit Sicherheit ausgeführt zu werden und in der selbst die äußerste Vorsicht nicht immer bedenklichen Verwickelungen vorzubeugen vermag. Was aber für Preußen diese Uebergangsperiode ganz besonders schwierig macht, ist die Gefahr, daß Oestreich jede Verlegenheit Preußens als einen Hebel anwenden wird, um die preussische Stellung in Deutschland zu erschüttern. Wir denken hierbei nicht an einen Conflict mit Oestreich. Auf einen solchen muß Preußen stets gefaßt sein, so lange es an seiner deutschen Aufgabe festhält, oder bis es dieselbe erfüllt hat. Die Gefahr liegt vielmehr darin, daß Oestreich vorkommenden Falles die Bedrängniß Preußens benutzen wird, um ihm seine Unterstützung anzubieten, oder die nachgesuchte Unterstützung zu gewähren, unter Bedingungen, auf die Preußen nicht eingehen kann, ohne die von ihm in Deutschland beanspruchte Stellung aufzuopfern. Denn es ist ganz unzweifelhaft, daß Oestreich in dem vorher angedeuteten nahe liegenden Falle statt aller andern Gegenleistungen von Preußen die Zugeständnisse in der deutschen Frage fordern wird, deren es bedarf, um über die Kräfte Deutschlands bedingungslos für seine Zwecke verfügen zu können. Es gibt keine größere Gefahr für Preußen, keine Gefahr, deren Ueberwindung eine so große Willensstärke, eine so ruhige und furchtlose Fassung erfordert, als der Hilfe Oestreichs zu bedürfen, wenn Oestreich in der Lage ist, die Gewährung derselben an Bedingungen zu knüpfen.

Diese Gefahr, die aus fast jeder denkbaren Verwickelung, in die Preußen gerathen kann, unvermeidlich hervorgeht, ist vollständig beseitigt, sobald es die schleswig-holsteinische Frage zum Ausgangspunkt seiner Politik wählt. Wollte Oestreich seine Unterstützung in dieser Angelegenheit an Bedingungen knüpfen, nun so würde es eben das preisgeben, was es durch diese Bedingungen erreichen möchte, es würde thatsächlich zu Gunsten Preußens abdanken und selbst die Auflösung der großdeutschen Partei herbeiführen. Denn das nationale Gefühl ist in dieser Frage, in der es die schwerste Kränkung erlitten hat, sehr empfindlich und fordert für die Sache der Herzogthümer eine bedingungslose Hingabe, was die Parteien nicht minder zu beachten haben, als die Regierungen. Oestreich befindet sich in dieser Frage wesentlich in derselben Lage wie alle andern deutschen Staaten; es kann sich von derselben nicht zurückziehen, ohne das Nationalgefühl aufs Aeußerste zu empören, was es in seiner, trotz mancher Erfolge noch immer sehr precären Lage nicht wagen darf. Und sollte dennoch die Abneigung, sich an einer Sache zu betheiligen, deren Leitung thatsächlich Preußen zufallen würde, über die Gebote der Klugheit den Sieg davon tragen, so würde Preußen, verstärkt durch die Macht aller reindutschen Staaten, auch ohne Oestreichs Beistand einen Conflict mit dem Auslande nicht zu fürchten haben.

Die Sache der Herzogthümer ist für Deutschland und Preußen eine Ehrensache, für die ein Conflict nicht gescheut werden darf. Sie ist der Schwerpunkt der preußischen Politik, durch sie hat Preußen sich in Zusammenhang zu setzen mit den Fragen der allgemeinen Politik; von diesem Standpunkte aus hat es seine Stellung zu dem bleibenden Mittelpunkte des europäischen Staatenverkehrs, der orientalischen Frage, zu nehmen. Die Betrachtung dieses Gegenstandes bleibe dem nächsten Aufsatze vorbehalten. 3.

Literatur.

Die nationale Presse in Italien von 1828 bis 1860 und Die Kunst der Rebellen. Zwei Schriften von Piero Girani. Leipzig, Brockhaus. 1863.

Unter der nationalen Presse versteht der Verfasser die Presse der Mazzinisten, unter der Kunst der Rebellen die Medaillen, Lithographien und die übrigen artistischen Leistungen, mit denen Mitglieder dieser Partei hervorragende Genossen ihres politischen Bekenntnisses ehrten. Das kleine Buch gibt also gewissermaßen eine Geschichte der radikalen italienischen Demokratie, so weit sie auf dem Gebiet der Tagesliteratur thätig war. Freilich nicht mit historischem Sinn, sondern vom Standpunkte der Partei selbst, die hier behandelt wird, und deshalb nur mit Vorsicht zu brauchen, aber immerhin von Interesse. Auch wir erkennen in Joseph Mazzini einen ungewöhnlichen Geist, dessen Rastlosigkeit und Ausdauer zu bewundern, und wir verkennen keineswegs, daß er einen wesentlichen Antheil an der Umgestaltung seines Vaterlandes hat. Wenn aber die Uebersetzerin — es ist die bekannte Ludmilla Uffing — in der Vorrede meint, daß die Mazzinisten allein die italienische Bewegung „zu den großen Ergebnissen geführt haben, welche die ganze Welt mit Achtung und Bewunderung erfüllen,“ und daß Italien nur jenen „es verdankt, daß es zu einer vereinigten Nation wiederauferstanden,“ so ist das einfache Verblendung. Mazzini und Genossen waren bis zu einem gewissen Grade als treibendes Element nützlich, die rechte Kraft gewann die Bewegung erst durch das Eingreifen des norditalienischen Militärstaates, den rechten Verstand erst durch das Genie Cavour's. Ohne diese nothwendigste Ergänzung hätte Mazzini nicht die Einheit Italiens, sondern nur eine Reihe von Putsch zu Stande gebracht. Ohne Cavour wäre Süditalien jetzt ein muratsches Königreich, und auch in Mittelitalien säße ein französischer Herrscher. Gegenwärtig endlich sind die Umtriebe Mazzinis das volle Gegenheil einer auf Einheit gerichteten Thätigkeit.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. E. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.